

Ä1 We want you(r): Wohnraum!

Antragsteller*in: Johanna Saary (TU Darmstadt)

Änderungsantrag zu EIL-A6

Von Zeile 2455 bis 2457:

der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer Erhöhung, Ausweitung und Anpassung ~~an lokale Gegebenheiten~~ der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten fordert Campusgrün weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um die Verteuerung von

Von Zeile 2463 bis 2464:

Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich ~~in Teilen~~ überwiegend als wirkungslos und ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten

Von Zeile 2480 bis 2481:

2. Schluss mit Spekulationen – Nachhaltiges ökologisches, nachhaltiges und sozial-verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!

Von Zeile 2485 bis 2493:

damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden. Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise Wohnraummangel entgegenwirken, ~~wenn der Flächenfraß dadurch minimiert wird~~. Es müssen Anreize Regelungen für Investitionen in Neubauten und vor allem in ökologische und nachhaltige Neubauten, Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass der zur Verfügung stehende Raum ökologisch, energiebewusst und bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von Gebäuden sanktioniert ~~werden~~. Campusgrün fordert daher:

- Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand

In Zeile 2496 einfügen:

- Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten steuerlich begünstigen
- Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

Von Zeile 2498 bis 2503:

Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind ~~vor allem~~ häufig auf sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf

ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze ~~und~~, sowie auf eine angemessene BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht

Von Zeile 2506 bis 2508:

- Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von ~~bezahlbaren~~-Wohnungen im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften

Von Zeile 2511 bis 2512:

4. Recht auf Wohnen

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf einen angemessenen Lebensstandard“ Jedem Menschen hat das Recht auf eine Wohnung vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jedem Menschen Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

4.5. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen